

Erstheft fähig
nachmitt. mit Anzeigen
der Sonn- und Feiertage.

Abonnementpreis
monatlich 40 Pf.
vierteljährlich 1.20 M.
jährlicher 4.80 M.
Einschl. Post und
1.00 M. zähl. Postgebühren.

„Die Neue Welt“
(Wochenzeitung)
durch die Post nicht befrie-
delt, kostet monatlich 10 Pf.
nachbestellen 40 Pf.

Telephon Nr. 1047.
Erlangen-Königs-
Postamt, Postfach 11.

Sozialistische Welt

Sozialdemokratisches Organ

Infectionsgefahr
betragt für die Gegend
besonders aber nach Mainz
10 Pf. für die Gegend
Paris u. Gegend
Infectionsgefahr
kühlt die Hitze 10 Pf.

Interess
für die fähige Nummer
müssen spätestens bis vor-
mittags 10 Uhr in der
Expediton aufgegeben
sein.

Einsparungen in der
Postgebühren-Taxe
nach Nr. 1133.

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Merseburg, Delitzsch-Bitterfeld,
Halle-Weiskensfeld-Beitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga
und die Mansfelder Kreise.

Redaktion: Geistr. 21, Hof 2 Cr. Expedition: Geistr. 21, Hof 2 Cr.

Der Genius des 18. März an seine Feinde.

Sehet, so seht ich vor euch, ein Verkünder der ewigen Rechte,
Glühend zum Streite gerüstet und wissend, ich bleibe doch Sieger,
Auch wenn ich falle, vor euch! Denn seht, auch wenn es gelingt euch,
Opfer in Scharen zu schlachten, und oft noch für das Erstorb'ne
Grimmig den Kampf zu erneu'n und zu baden im Blute der Gegner:
Ewig der Streiter nur ist's, der erliegt, doch nie der Gedanke!
Auch obliegt ihr ihm heut' und hier, so seht er an and'rem
Ort und zu anderer Zeit — und schwerer nur immer und schwerer
Sein wird euer Triumph: und zuletzt dann werdet ihr fallen,
Schwinden dahin für immer... Ihr rühmet euch mächtigen Armes?
Mächtig ist eins nur auf Erden: die waltenden, ewigen Mächte,
Welche die Völker bewegen; und was in schmöder Verblendung
Diesen entgegen sich stellt und verzwegen auf menschliche Macht troht,
Oder auf göttliche hofft, ein Koloss ist's auf schützernen Füßen.

(Aus Robert Hamerling, Der König von Sion.)

Ein Ruhmestitel für die deutsche Industrie.

Die neue Handelskammer zu Berlin tritt mit einem Jahresbericht für 1902 an die Öffentlichkeit, der eine ganze Reihe verblüffender Behauptungen aufstellt. Die merkwürdigste ist jedenfalls die Behauptung, daß die Steigerung des Exportes im Jahre 1902 einen Ruhmestitel für die deutsche Industrie bedeute. Nachdem der Jahresbericht siffermäßig die Steigerung der Ausfuhr nachgewiesen hat, fährt er fort:

Es geht scheinlich eine Tatsache, die geeignet wäre, mit gleicher Einbringlichkeit unsere Gefeseger darauf hinzuweisen, wo die wirtschaftliche Zukunft des deutschen Volkes liegt: eine Handelspolitik, die sich dieser Einsicht verschließt, würde die Quellen des nationalen Wohlstandes verdrängen. Die unerschöpfbare Bedeutung, die der deutsche Export für die Entwicklung der wirtschaftlichen Kräfte des Landes besitzt, tritt aber erst in rechte Licht, wenn man die Art dieser Warenbewegung betrachtet: Die größten Ziffern weisen diejenigen Ausfuhrartikel auf, die Erzeugnisse des Arbeitslohne in relativ bedeutendem Grade betreffen.

Dem Verfasser des Jahresberichts scheint es ganz und gar entgangen zu sein, unter welchen Umständen die Exportsteigerung während der Jahre 1901 und 1902 erfolgte ist. Die gewaltige Abnahme der Kaufkraft der inländischen Bevölkerung stellte die industriellen Werke vor die Alternative, entweder ihren Betrieb in weitgehendem Grade einzuschränken oder gar stillzulegen, oder aber einen großen Teil der Erzeugung ins Ausland abzuführen. Nun liegt jedenfalls darin, daß der inländische Konsum so stark zurückgehen mußte, die Sachverständigen des deutschen Wirtschaftslebens, für die die Schuld bis zu einem gewissen Grade diejenigen Kreise zu tragen haben, die in den Jahren des Aufschwungs aus Spekulations- und Unternehmungskunst eine unheilvolle Spannung zwischen Produktion und Verbrauchsfähigkeit geschaffen haben. Als die Folgen dieser Spannung in der Krise zu Tage traten, da war es keineswegs eine verdienstvolle That, daß man sich mehr als in den Jahren vorher, wo der Export direkt vermindert worden war, den ausländischen Absatzgebieten wieder wandte, sondern es war ein faß ein Akt der Verzweiflung, um noch schlimmere Folgen für das heimische Wirtschaftsleben hintan zu halten. Damit ist aber die nachteilige Seite der Exportpolitik der letzten Jahre noch lange nicht erschöpft.

Es soll nicht geleugnet werden, daß, nachdem einmal die Krise vorhanden war, das Ausfuhrmittel, den Export zu forcieren, das einzige Mittel war, die Beschäftigungsgelegenheit im Lande nicht noch weiter zurückgehen zu lassen. Aber man übersehe doch nicht die schwerwiegende Tatsache, daß die Waren nach dem Auslande zu versetzen verlustbringend waren. Die sogenannten „schweren Industrien“ gingen ja sogar so weit, eine besondere Abrechnungsstelle für Ausfuhr zu errichten, bei der die angeschlossenen Mitarbeiter für ihre ausgeführten Waren besondere Aufschreibebücher erhielten, da andernfalls die gewaltige Steigerung des Exportes ganz aus dem Blickfeld geraten wäre. Diese Exportvorkommen aber wurden gesucht aus den Erzeugnissen, die der einheimische Markt brachte. Der an und für sich schon erheblich gedrückte Inlandskonsum wurde also weiter belastet, um dem Auslande die Ware unter oder zu den Gefesungsstellen anzubieten. Der große Export des Jahres 1902 war also möglich einerseits durch eine Schädigung des Arbeitsmarktes, indem, auf den Kopf des Arbeiters berechnet, weit geringere Lohnsummen gezahlt wurden, als während der früheren Jahre, andererseits durch eine Entlastung des Inlandsmarktes, die um so verhängnisvoller wirken mußte, als dieser einer starken Krise ausgeleitet war. Unter diesen Umständen kann vom Standpunkt

der Arbeiter die Exportpolitik der deutschen Industrie während der letzten Jahre nur im höchsten Grade verurteilt werden. Es ist daher ein starkes Stück, die im Jahre 1902 erzielte Exportsteigerung der deutschen Industrie als ein Verdienst anrechnen zu wollen.

Nicht nur vom Standpunkt des Arbeitsmarktes, sondern auch von dem der allgemeinen Wirtschaftspolitik ist ein Export auf einer die Arbeiter durchaus schädigenden Grundlage zu bekämpfen. Die Exportpolitik Deutschlands, seinen Absatz im Weltmarkt zu vergrößern, wurde schon oft dadurch befördert, daß der Export nur auf Kosten der Kräfte des eigenen Wirtschaftskörpers erfolgte. Das speziell der Export der deutschen Industrie als nur infolge der niedrigen Löhne der deutschen Arbeiter möglich, ist in den deutschen Industriekreisen schon oft ausgeprochen worden. So führte z. B. der Freiherr v. Seyd auf der Versammlung des Vereins für Sozialpolitik im Jahre 1890 aus:

Wir in Deutschland haben unsere Industrie zum Nachteil der englischen, welche unter der Herrschaft der Trade Unions steht, wesentlich entwickelt, weil überall da, wo die englischen Unions die Löhne über Gebühr hinaufgetrieben hatten, wir in der Lage waren, den Engländern Konkurrenz machen zu können, zum Vorteil unserer Arbeiter, zum Nachteil der englischen Trade Unions.

Eine derartige Exportpolitik wird aber von der national-ökonomischen Wissenschaft nicht einmütig, auch von liberalen Wirtschaftspolitikern, im höchsten Grade gemißbilligt. So wies Schmoller schon vor mehr als einem Jahrzehnt darauf hin, daß eine einseitige Entwicklung der Exportindustrie ihre Schattenseiten habe, daß sie einzelnen großen Häusern die größten Gewinne, aber den Arbeitern die ungleichmäßigste Beschäftigung, den ungleichmäßigsten Lohn bringe, damit die soziale Ungleichheit und die Härte der Krise am meisten steigere. Und selbst Brentano sprach vor mehr als 20 Jahren über die auch gegenwärtig geübte Art des Exports ganz richtig:

Da die Produktion auf Kosten der Arbeiter zunimmt, zwingen die Fabrikanten sich selbst, zur Entdeckung neuer Märkte in die Ferne zu schweifen, während, wenn die Kaufkraft der Massen entwickelt würde, wenn ihre Bedürfnisse mittelst der überfließenden Produkte ihrer Arbeit befriedigt würden, ein viel sicherer und regelmäßiger Markt ganz nahe läge. Was die Verkaufsfähigkeit der Fabrikanten sich dann hunderteitig vergrößern, so erwidern sie doch gleichzeitig ihre zukünftige Kundhaftigkeit im Heim, und als Resultat erzielen wir zuletzt auf der einen Seite eine stets zunehmende Masse unverkäuflicher Produkte und auf der anderen eine gleiche von darbenenden Arbeitern und von unverschuldeten Arbeitern.

Und endlich widmet Ferner in seiner Schrift, Die soziale Reform als Gebot des wirtschaftlichen Fortschritts, den Folgen der von ihm genannten „Ueberausfuhr“ ein besonderes Kapitel, in dem er ausführt, daß die Hypertrophie der Ausfuhr von einer äußerst schädlichen Rückwirkung auf die Gestaltung des Inlandsmarktes und namentlich der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter ist. Ein ungeheurer Export hat aber 1901 und 1902 stattgefunden. Denn nicht nur sondern das Ausland hat an uns verdient.

Notre-Dame in Paris.

52) Von Viktor Hugo.

„Der Glaube schüttelte sein rutilantes Haupt.
Qui non laborat...
Johann ließ ihn nicht zu Ende kommen.
„Nun gut“, sagte er, „zum Teufel! Es lebe die Freude! Ich will mich in Schelten herumtreiben, mich drängen, will Krüge zerbrechen und die Mädchen heulen!“
Und dabei war er seine Wut gegen die Mauer und ließ seine Finger wie Kastanetten klingen.
Der Archidiakon ließ ihn mit finsterner Miene an.
„Johann, Ihr habt gar keine Seele.“
„In diesen Fällen fehlt mir, nach Epikur, etwas, das aus einem namenlosen etwas gemacht ist.“
„Johann, Ihr müßt endlich daran denken, Euch zu bessern.“
„Ach ja!“ rief der Student und sah bald seinen Bruder, bald die Metorten auf dem Berde an, „hier ist alles gehoben, die Gedanken, wie die Fliesen!“
„Johann, Ihr seid an einem sehr schlüpfrigen Abhänge. Wist Ihr, wohin Ihr geht?“
„In die Kneipe“, sagte Johann.
„Die Kneipe führt zum Brann.“
„Das ist ein großes Feuer.“
„Johann, das Ende wird böse sein.“
„Dafür wird der Anfang gut gewesen sein.“
„In diesem Augenblicke ließ sich das Geräusch von Schritten auf der Treppe hören.“
„Halt!“ sagte der Archidiakon und legte den Finger an den Mund, „das ist Meister Jacob.“
„Hört, Johann“, flüchte er mit leiser Stimme hinzu: „hütet Euch, niemals von dem zu sprechen,

was Ihr hier gesehen und gehört haben werdet. Verberat Euch schnell unter diesem Dien und rüret Euch nicht.“
Der Student drückte sich unter den Dien; da fiel ihm ein freudbringender Gedanke ein. „Dann recht, Bruder Glaube, einen Schweiß! Ich werde ihn tun.“
„Ihr müßt mir ihn geben.“
„So nimm denn!“ sagte der Archidiakon und warf ihm zornig seinen Gebelbeutel zu. Johann froh wieder unter den Dien, und die Türe öffnete sich.

5. Die beiden schwarzgekleideten Männer.
Die Person, welche eintrat, trug ein schwarzes Gewand und zeigte eine finstere Miene. Was ihm ersten Blicke unter dem Freunde Johann auftrat, über, wie man wohl denken kann, sich in seinem Blicke zu einer eingezeichneten hatte, um alles nach Weichen sehen und hören zu können, war die tiefe Trauer, welche in der Kleidung und im Antlitze des neuen Ankömmlings sich zeigte. Und dennoch war eine gewisse Freundlichkeit über dieses Gesicht ausgegossen; aber es war die Freundlichkeit einer Hand oder eines Händers, — kurz eine fühlbare Freundlichkeit. Er war schon ganz grau, rüchsig, freitete in die sechziger Jahre, winkerte mit den Augen, hatte weiße Augenbrauen, eine hängende Unterlippe und große Hände. Als Johann sah, daß es nur eine solche Persönlichkeit war, d. h. zweifelsohne ein Arzt oder ein Gerichtsbeamter, und daß dieser Mensch ein vom Munde weit entfernt stehende Rolle im Geschehen hatte, — das Beihen der Dummheit —, so lag er sich in den Winkel seines Bodens mit dem formlossten Gefühle zurück, daß er eine unbegabte Zeit in so unbewusster Lage und in so schlechter Gesellschaft zubringen haben würde.
Der Archidiakon indes hatte sich wegen dieser Persönlichkeit nicht einmal vom Stuhle erhoben. Durch ein Zeichen hatte er ihm angedeutet, sich auf einem Stuhlchen neben der Türe niederzulassen, und nach einigen Augenblicken des Schweigens, das ein vorausgegangenes Nachhaken zu verlängern schien, legte er ihm mit einem gewissen Donnerstone gesagt: „Guten Tag, Meister Jacob.“
„Ach, trübe Euch, Meister“, hatte der schwarze Mann geantwortet.
„Es lag in der Art und Weise, mit der von der einen Seite das

„Meister Jacob“, und vorzugsweise von der andern das „Meister“ ausgesprochen wurde, ein Unterchied, wie zwischen „gnädiger Herr“ und „Herr“, wie zwischen „dominus“ und „domnes“. Es war augenscheinlich die Anrede zwischen Behrer und Schüler.
„Nun!“ fuhr der Archidiakon nach einem neuen Schweigen fort, das Meister Jacob nicht zu unterbrechen wagte, „gelingt es Euch?“
„Ach, teurer Meister“, sagte der andere mit einem trüben Schelten, „ich bleibe immer zu. Alde, so viel als ich will. Aber kein Funken Gold.“
„Der Glaube machte eine Gebärde der Ungeduld. „Ich rede nicht davon mit Euch, Meister Jacob Charnoise, sondern vom Prozesse Cures Rauberers. Nicht wahr, Ihr nanntet ihn Mart Genaine?“
„Der Schaffner am Reamingshofe?“
„Gefahrt er keine Rauberer ein?“
„In Euch die Unterbindung gelüftet?“
„Nein, nein!“ antwortete Meister Jacob immer mit seinem trüben Schelten; „wir haben nicht diesen Kraft. Dieser Mensch ist ein Knechtelstein; wir können ihn auf dem Bekehrten sitzen lassen, oder er etwas geist. Indessen sparen wir nichts, um hinter die Wahrheit zu kommen; er ist schon ganz von der Folter verberat; wir haben schon alle Mittel aufgegeben, wie der alte Komiker Plautus lag.“
„Advorsum stimulos, laminae, cruceosque, compedoque, Nervos, catenas, carceres, numellas, pedicab, boia.“
„Nichts hilft hier; dieser Mensch ist schredlich. Mein Ketein ist an ihm zu Ende.“
„Doch“, sagte Meister Jacob, während er seine Laiche am Gürtel durchschute, „dieses Pergament. Es befinden sich Worte darauf, die wir nicht verlieren. Der Herr Kriminalanwalt Valigny Scheuler besitzt doch ein großes Bedürfnis, das er im Prozesse des Juden aus der hohen Kammer in Brüssel gelernt hat.“
(Fortsetzung folgt)

Preussischer Landtag.

Im Abgeordnetenhaus scheint die Abhaltung von Verhandlungen und die Anberaumung weiterer Verhandlungen kein schlechtes Tempo in der Beratung des Kultusgesetzes zu Folge haben zu wollen. Gelesen wurde nur das Kapitel Kunst und Wissenschaft erledigt, dagegen das Kapitel Technisches Unterrichtswesen nur begonnen. Man unterließ sich über den Schulplanfrage und befristete die Erhaltung, den Ausbau einer Schule im Neuenburger, des Klosters Lebus und des Doms in Weimar. Dann kam Herr Schum zu Düsseldorf und sang ein Preislied auf die provinzielle Iprich Düsseldorf'sche Kunst, die den Jungmännern für die Weimarer Kunst bilde und trotzdem gar sehr gegen die reichshauptstädtische benachteiligt werde. Längere Erörterungen schloffen sich an den Plan, das sogenannte Akademieverbot neben der Universität niedergreifen und ein neues Gebäude aufzurichten, in dem die königliche Bibliothek, die Universitätsbibliothek und die Akademie der Wissenschaften ihre Unterkommen finden sollen. Die Kunstakademie, die Jahrdutz ihr Dasein verliert, soll in das Königliche Palais am Berliner Platz überführt. Für beide Pläne sind bereits die ersten Pläne in den Etat angefertigt. Der Etat dürfte sich von den konservativen Mitgliedern, den Herrn v. Pappenheim und Graf Vinburg, einem sehr stark Erhalten lassen, weil die Regierung ihr ursprüngliches Programm, nach welchem die Igl. Bibliothek bekanntlich nach Charlottenburg kommen sollte, ganz und gar ändert hat.

Die Vertreter der übrigen Parteien waren in ihrer Kritik milder, sie erkannten schließlich sogar an, daß das jetzige Projekt besser als das frühere ist. Graf Vinburg ließ die Gelegenheit nicht vorbegehen, um Berlin eins auszuweisen, weil es nicht zu den Kosten beträgt, obwohl es an solchen Lustbäusern erhebliches Interesse hat. Der Gedanke der Sonderbesteuerung Berlins als Reichshauptstadt ist bei den Jungmännern förmlich zur freien Rede geworden. Die Frage wird ja in Salde bei den für die Charite verlangten Summen ausgiebig zur Erörterung gelangen. Die geforderten Kosten für die Bibliotheken und die Kunstakademie wurden übrigens gegen eine Minderberath der Kontroversen festgestellt.

Die Debatte über das Technische Unterrichtsengesetz blieb in den ersten Minuten liegen. Die national-liberalen Abgeordneten, Maceo und Wallbrunn, beklagten die zu geringe Dotierung der technischen Hochschulen und ihre Benachteiligung gegenüber den Universitäten. Die Regierung schied sich zu diesem Vorwurf aus.

Um Zeit zu gewinnen, beginnt die heutige Sitzung bereits um 10 Uhr früh.

Gegen den Militarismus

Improvisiert die sozialdemokratische Fraktion des Gothaer Landtages durch folgende Resolution aus:

„Die im Reich unangenehm steigenden Ausgaben für Heer und Marine haben in den letzten zwei Jahrzehnten eine so enorme Steigerung erfahren und eine so enorme Höhe erreicht, daß die im Reich und den Einzelstaaten nötigen Mittel für dringende Kulturaufgaben nicht mehr vorhanden sind.“

Nicht allein, daß durch die unheimlich anwachsenden Ziffern der Budgets für Heer und Marine die Steuerkraft der Bevölkerung — besonders durch die indirekten Steuern die ärmere Bevölkerung — ausgenutzt wird, werden auch die Finanzen der Einzelstaaten völlig erschüttert und die Erhaltung der Kleinrenten in Frage gestellt.

Eine weitere schlimme Folge des Militarismus und Marinismus ist die von der Reichsverwaltung betriebene Pumpwirtschaft, die uns schon drei Milliarden Reichsschulden auf den Hals geladen, und wenn es in diesem Jahre weiter geht, in nicht zu ferne Zeit zum sicheren Staatsbankrott führt.

Trotzdem die ärmere Bevölkerung durch Zölle und indirekte Steuern immer aufs härteste getroffen wird, miderlegt sich die Reichsregierung und der Bundesrat einer vernünftigen Steuerreform, einer progressiven Reichs-Einkommensteuer, stellt vielmehr neue indirekte Steuern, die wieder nur die Armen belasten, in Aussicht.

Der Landtag für die Herzogthümer Ansburg und Gotha protestiert gegen jede weitere Erhöhung der Budgets für Heer und Marine und fordert dringlich unter Bezeichnung der drängenden indirekten Steuern die Einführung der progressiven Reichs-Einkommensteuer.

In der That, die Resolution ist äußerst zeitgemäß. Bedenkt man die faktischen Einkommen des Reichs längst nicht mehr aus, um die Militärkosten, die im Etat für 1903 nicht weniger als 1089 Millionen beanspruchen, zu decken. Trotzdem die Zölle, Verbrauchssteuern und Stempelabgaben 1903 die enorme Höhe von 888 Millionen Mark erreicht haben — d. h. seit Ende der siebziger Jahre um das Vierfache angewachsen sind, erfordern die Militärausgaben noch Anleihen in der Höhe von circa einer Viertelmilliarden Mark!

Das Grimminer Landratslied vor dem Reichsgerichte.

Wegen Verletzung des Landrats von Walsbun in Grimmen sind am 28. Oktober vor. I. d. vom Landgericht Greifswald verurteilt worden der Redakteur Brandt in Berlin zu einem Monat Gefängnis, der Gutsherr Dr. Wendorf in Torg zu 50 Mk. Geldstrafe und der Redakteur des Greifswalder Landratsblattes, Buchdruckereibesitzer Erich Zschert in Greifswald zu 400 Mk. Geldstrafe; freigesprochen wurden der Staatsanwältiger Arthur Weber in Wartmannshagen und der Kaufmann Benjamin Davidovich in Grimmen. Gegen ihre Verurteilung hatten die drei Angeklagten Revision eingelegt und der Staatsanwalt hatte die Freisprechung des Angeklagten Brandt in seiner Revision angefordert.

Die Vorgesänge, bei denen es zu den angeblichen Verleumdungen gekommen sein sollte, hatten sich bekanntlich bei der Kaiser-Geburtsstagsfeier 1902 im Hotel einer Frau Müller in Grimmen abgepielt. Die Angelegenheit ist ja seiner Zeit genügend in der Öffentlichkeit behandelt worden.

Die Revision der Angeklagten Brandt, Wendorf und Zschert enthält proformale und materielle Beschwerden. Gestrichelt wurde u. a., daß ein Artikel, der in Nr. 21 des Greifswalder Tagesblattes vom 25. Januar v. J. erschienen ist, im Urtheil verwerthet worden ist, ohne daß er wörtlich verlesen worden wäre. Im übrigen wurde das Vorhandensein einer Verleumdung, eventuell das Bewußtsein des beleidigenden Charakteres der inkriminierten Aussagen bestritten. — Der Reichsanwalt erklärte beide Revisionen für unbegründet. Das Urtheil unterliegt nach seiner Meinung rechtlichen Bedenken; insbesondere sei mit Recht eine nach § 185 des Str.-G.-B. festzusetzende Verleumdung als erwiesen angesehen worden. — Das Reichsgericht verwarf jedoch die Revision der drei Verurteilten als auch die des Staatsanwalts bezüglich Beders.

Wahlpläne von der kaiserlichen „Schweizerin“.

König Georg von Sachsen, dem gestern Wilhelm II. einen Besuch gemacht hatte, hat folgenden Erlaß bekannt geben lassen:

„An mein Volk! Ich beziehe, zu Erholung nach langer erlicher Krankheit nach dem Süden zu reisen, drängt es mich, noch einmal allen jenen, welche bei Gelegenheit des schweren Unglücks, welches über mich und meine Familie heringebrochen ist, mir herzlich Bemeide der Teilnahme gegeben haben, von ganzem Herzen zu danken. Mit diesem Ausdruck des Dankes verbinde ich den Ausdruck der zuverlässigen Hoffnung, daß die Unruhe und Aufregung, welche sich infolge der betrübenden Vorgänge des vergangenen Winters weiter Kreise der Bevölkerung bemächtigt haben, endlich der Ruhe und dem früheren Vertrauen Platz machen werden. — Glaubt nicht denen, die Euch vorstellen, daß hinter all dem Unglück, das uns betroffen hat, nur geheimnisvoller Zug und Trug verborgen sei, sondern glaubt den Worten Eures Königs, den die wie als unruhig er kommt hat, daß dem unendlich Schmerzlich das über uns heringebrochen, lediglich die unangenehme Leidenschaft einer schon lange im Stillen tief gefühlten Frau (?) zu Grunde liegt. — In der Ueberzeugung, daß mein Volk mit Vertrauen und sich in meiner tiefsten Befürchtung um mich fürchten wird, trete ich voll aufrichtiger Hoffnung erfüllt meine Reise an.“

Ueber das Schicksal der früheren Kronprinzessin Luise wird dem V. Z. aus Lindau gemeldet:

Vorabend, der am Sonntag in Lindau mit der Großherzogin und der Prinzessin Luise mehrtägige Unterredungen gehabt hat, erklärte, daß die Prinzessin die geplante Reise nach England aufgegeben habe. Nachdem konnte ihr die formelle Zulassung des kaiserlichen Hofes übermitteln, daß die Prinzessin nicht dazu angehalten werden solle, das zu erwartende Hind auszuliefern. Infolgedessen wird die Prinzessin ihre Niederfahrt in Lindau abwarten. Weitere Enthüllungen hat die Prinzessin noch nicht gegeben; das sie ihrer Familie gegenüber irgend welche Zugaben gemacht haben soll, ist entschieden unklar. In tatsächlichen Hoffnungen verläuft, daß namentlich die Zurücknahme des Beschlusses für die Prinzessin, den Titel einer österreichischen Erzherzogin zu führen, bevorzugen.

Die Untergrenzkommision des Reichstages

beschäftigte sich am Dienstag mit der Beteiligung Deutschlands an der Weltausstellung in St. Louis, für welche als erste Rate 1 1/2 Mill. Mark geordnet wurden. Der Referent v. Tiedemann hatte Bedeutung gegen die Forderung, während Abg. Singer für die gleiche eintrat. Auf eine Anfrage telegraf. von Sobolewski mit, daß sich die Gesamtsumme auf drei Millionen Mark belaufen würden. Schließlich wurde die Forderung der Regierung angenommen. Im weiteren Verlaufe der Sitzung sprach die Kommission an dem Etat für die ostafrikanische Expedition drei Millionen Mark.

Emmels Mandat endgültig kassiert.

Der kaiserliche Rat in Straßburg bewarnt den Rufers, welchen das sozialdemokratische Unschuldigkeitsmandat gegen die seitens des Stollmayer Bezugsgerichts verurteilte Unschuldigkeitsklärung seines Landesausführungsmandats eingelegt hatte. Der Reichstag verlangt sofort Rechtskraft. Das Mandat Emmels, das einzige sozialdemokratische des Landesausführungsmandats, ist damit definitiv kassiert.

Die Herren im Landesausführung sind erleichtert aufatmen. Der unangenehme Vorfall ist durch die Ruhe der Mitte verbannt, und die Beratungen können wieder in gewohnter Gemüthsruhe vor sich gehen. Die Willkürer Demokraten aber, die an der Kasserung des Mandats Emmels Schuld sind, können auf ihren Erfolg stolz sein. Lange wird aber der vollständige Landes-Ausführung nicht ohne Sozialdemokraten bleiben.

Der Kaiser als Kostümschneider.

Die Kostümgewichte ist ein launiges Gebiet der Kulturgeschichte. Deshalb ist es nicht verwunderlich, daß der Kaiser auch auf diesem Gebiete Meister ist. Die mehr für den Kaiser als für ein gewöhnliches Publikum geschriebene Münchener Anekdoten. Jtz bringt folgende, das Schmiedehilf des Kaisers ergänzende Notiz:

„Im alten Berlinischen Münchener ist der Bericht auf ein sonderbares Begeben zu rückzuführen, sagte Kaiser Gustav, welcher für Kostümmode an der akademischen Sophische für die bildenden Künste, interessante Figuren vor. Es waren festliche Entwürfe zu Kostümgängen von der Hand des Kaisers, die der Monarch in der Nähe eines Aufenthalts zu Hohenhausen geschaffen hat. Die wertvollen Bilder sind farblich ausgeführt und tragen das Gepräge des fürstlichen Interesses. In dem herrlichen Zeugnis davon, wie genau der Kaiser auf dem Gebiete des historischen Kostüms verhandelt ist.“

Gegen die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes

hat der Gesamtverband des Evangelischen Bundes eine Eingabe an den Bundesrat gerichtet.

Fürchten die evangelischen Gottesdiener die Konkurrenz.

Unklarheit. Der Uhrmacher Louis Josef in Thorn, welcher in seinem Schaufenster Schmuckstücke mit der polnischen Aufschrift: „Gott erlöse Polen“ sowie Anhängel zu Uhrketten mit polnischen Medaillen und anderen polnischen Emblemen ausgestellt hatte, wurde vom Schöffengericht dieserhalb wegen großen Unsinns zu 20 Mk. Geldstrafe bezw. fünf Tagen Gefängnis verurteilt; auch auf Einziehung und Verwahrung der betreffenden Schmuckstücke wurde erkannt.

Eine Vergnügung.

Die Gröfz. Jtz, meldet aus Trier: Der in der vorletzten Schurmergerperiode zu zwei Jahren Gefängnis verurteilte Regierungsamtsinspektor Wilkens wurde begnadigt und alsbald aus dem Gefängnis entlassen.

Die geheime Teme.

Unserer Parteiblatt in Düsseldorf folgendes interessante Schriftstück auf den Redaktionsstich:

„An den Schmiech Hannover, den 2. 3. 08.“

weiter senden. Wer giebt den Organisationskommissionen hierzu das Recht? Kein Gesetzesparagraph, wir halten im Gegentheil dieser geheime Teme für moralisch verwerflich.

Der Herr Reutnant als Geschieher.

Der Reutnant Löhnel vom Infanterie-Regiment Nr. 103, der seit dem 1. April 1902 zur Unteroffizierschule in Marienburg kommandiert ist, hielt am 29. Februar im Anblich zu eine in der Umgebung von Marienburg abgehaltene Lesung, die ihn nicht befriedigt hatte, eine Bepredung der Mängel und Fehler ab. Bei dieser Gelegenheit wird er bemerkt haben, daß der Unteroffizierschüler R. „mit gleichgültiger Mine () und halb rechts gewendet“ da stand. Klöhnel ging zu R. zu dem Schiel, ließ den jungen Mann mit der Faust vor die Brust, verlegte ihm mit dem Schiel einen Glied auf die rechte Schulter und nannte ihn „inames Viel“. Der Mithandelte brachte den Vorgang zur Meldung. Vor Gericht als Zeuge vernommen, bemerkte er, daß der Schiel bei der Brust so festig gewesen sei, daß er an seinen Entnadar getaumelt sei und Schmerzen längere Zeit verspürt habe. Der Schiel selbst aber habe ihm einige Tage Schmerzen verursacht. Der Vorgang wurde auch von drei Militärrichtern bestätigt; einer jagte nach unter Eid aus, daß der Angeklagte nach dem Kopf des R. geizelt habe, letzterer habe aber den Kopf zur Seite gelegt und so habe der Schlag nur die Schulter getroffen. Der Angeklagte gab vor dem Militärgericht in Chemnitz den Thatbestand in der Thatigkeit an. Das Gericht verurteilte den Angeklagten nach zweifelniger Verhandlung zu 6 Monaten Festung.

Ausland.

Rußland. Menschenjagd im Reiche des Friedens.

In seiner Stadt in Ungarn werden in letzter Zeit so oft Saushändlungen in der Nacht abgehalten (oklawy genannt) wie in Wiga. Und zwar sucht die Polizei nicht nur nach verbotenen Schriften und nach Menschen mit verbotenen Ideen (im gelosten Auslande „Sozialdemokraten“ genannt), sondern auch nach solchen Menschen, die vielleicht gar keine Idee von Ideen haben, die aber nicht das „Auffenthalten“ in Wiga bezeugen, weil sie — Juden sind. Man muß sich aber zur Rechtfertigung unserer Polizeibeamten gleich bemerken, daß sie durchaus nichts Gemeinlichkeits mit der Judenpresserei eines Bücker haben, vielmehr thun sie ihre „Pflicht“ aus ganz andern Gründen. Die Ursache ihres Gifers liegt, wie immer und überall, in dem bekannten chechez . . . lo rouble. (Suchet den Rubel.)

Im Gegenatz zu ihren Kollegen in Moskau und Petersburg die anreisende Juden sehr oft auf den Bahnhöfen bei Anstuf des Zuges verhaften lassen und sie sofort jurisdiktionsportieren, — sehen die Rigischen Polizeibeamten einen Juden sehr gern antommen . . . sie wollen nur ihre paar Rubel Lapowka (Bestechung) einheimseln.

In letzter Zeit werden im Namen der Gelechtsleit einigem wöchentllich in vielen (manchmal hundert und mehr) jüdischen Häusern nächtliche Visiten von der Polizei abgeleitet — die reine Menschenjagd. Vor einigen Wochen überfiel eine Polizeikommission eines dieser Häuser; mit einem Hüllentwurf besiegeln die Wästen die Treppen, kitzelten in die Wohnung hinein und rissen die Schloßschlüssel auf — die Tochter des Hausheern, ein junges, schönliches Mädchen, wurde beim Anblick der Besten mahnmäßig vor Schreck.

Zur selben Zeit kam ein lebensgefährlich kranker Jude zu einem hiesigen Chirurgen, um sich in dessen Klinik als Operation zu unterwerfen. Der Mann hatte nicht das „Wohn“ recht in Wiga. Auf Grund des Gelechts hat man dem alten Mann feigenommen und jurisdiktionsportiert nach seinem Heimatort, wo angekommen er bald verstarb. — Ein anderes Bild: Ein Schmerkranker wurde hier in einem Hospital abgeleitet, in welchem er kurz darauf unter dem Weiser des Chirurgen verstarb. Als seine Freunde tags darauf beim allgemwaltigen Revidenauferer um einen Totenschein und eine Bestattungs-Erlaubnis nachsuchten, brüllte er sie wild an: „Ich gebe keine Papiere! Wiejo hat der Mann gewagt, hierher zu kommen und hier zu sterben, er hat kein Wohnrecht hier!“ . . . Und nur mit großer Mühe gelang es, den Zorn des Revidenauferers zu beschwichtigen und die nötigen Papiere zu bekommen.

Natürllich leidet hauptsächlich unter dieser „Gelechtsleit“ der jüdische Proletariat; der bemittelte Jude erkaufte sich das Aufenthaltrecht durch Bestechung der Polizeibeamten. Die Bestechung ist hier zur normalen Erscheinung geworden, sie ist Lebensbedingung tausender Familien in Wiga. Auch für diejenigen, die das „Wohn“ recht besitzen, ist es fast unmöglich, ohne Lapowka auszukommen. Viele jüdische Familien haben der Polizei regelmäßig eine Art „Aufenthaltsteuer“, um nachtslichen Verfällen bereit zu werden.

England. Die Schraube ohne Ende auf dem Gebiete des Militarismus.

Im englischen Unterhause führte nach Walfis Bureau der Finanzminister die Finanzpolitik im Bericht der Begründung der Marineetatanschläge aus: Als Staatsbürger bedauere er es, daß die große und bittere Mithandlung unter den Nationen andauern solle, welche diese genutzten unproduktiven Ausgaben nötig mache. Die Admiralität setze keinen Etolz in die Höhe der Anschläge, die unter den bestehenden Verhältnissen notwendig wären. Vier Schladtschiffe seien in den Flottenverband aufgenommen worden, die schneller seien als irgend ein zu der Zeit auf dem Wasser befindliches Schiff. Nach dem neuen Bauprogramm sollten drei neue Schladtschiffe gebaut werden, welche ähnlichen Schiffen fremder Marinen in jeder Weise überlegen seien. Noch viel mächtigere Geschütze als bisher sollten in jedem Schiffe aufgestellt werden.

Franzreich. Maßregelung eines intoleranten Bürgermeisters.

Der Minister des Innern hat den Bürgermeister von Guibet (Departement Morbihan) seines Amtes entbosen, weil er sich geweigert hatte, die Leiche eines jungen Mädchens, welches verführt worden war und um der Schande zu entgehen, Selbstmord verübt hatte, an gewählter Stelle beizusetzen. Erst auf Veranlassung der Viga der Menschenrechte ist die Leiche an würdiger Stelle beigesetzt worden.

Dänemark. Bekämpfung des sozialdemokratischen Bürgermeisters in Kopenhagen.

Die Wahl unseres Parteigenossen J. Jensen zum Bürgermeister für die zweite Abteilung des Magistrats ist vom König befristet worden. Jensen hat sein Amt bereits am Sonnabend angetreten. Unter die zweite Abteilung des Magistrats gehört die Verwaltung der allgemeinen und kommunalen Angelegenheiten der Kommune, wie: das Steuer- und Abgabenwesen, ferner den Staat als auch die Kommune betreffend, und wozu damit zusammenhängt; ferner: Eingaben an, und Mitteilungen von dem betreffenden Regierungsbureau, Verwaltung des Vermögens und der Schulden der Kommune sowie des Rassen- und Rassen.

Wahlzweck, Verwaltung der Gemeindegüter, Hospitien u. s. w.

Schweden. Der erste Sozialdemokrat in Stockholms Gemeinderat. Am Freitag fand im ersten Stockholmer Wahlkreis Stadtverordnetenwahl statt. Von den zehn ausstehenden Mitgliedern wurden neun wiedergewählt; neu gewählt wurde der Sozialdemokrat Ernst Blomberg, Vorgesetzter des Schwedischen Güter- und Arbeitervereins. Blomberg erhielt 19.880 Stimmen, während für den bisherigen Stadtverordneten Kandidaten Wallenberg 15.769 Stimmen abgegeben wurden. Es ist eine erfreuliche Tatsache, daß die Arbeiterpartei Stockholms jetzt endlich in das Stadtparlament einzutreten beginnt, trotz des hundertfachen Wahlrückfalls, das dem Kandidaten bis zu hundert Stimmen giebt, während sich der Besitzlose mit einer Stimme begnügen muß. Es ist übrigens nicht ausgeschlossen, daß bei den in den nächsten Tagen stattfindenden Wahlen in den vier anderen Kreisen der Hauptstadt noch ein Sozialdemokrat gewählt wird.

Amerika. Ein grandioses Eisenbahnprojekt scheint nunmehr seiner Verwirklichung entgegenzugehen. Es handelt sich um nichts weniger als eine direkte Verbindung zwischen New York und Buenos Aires, eine Distanz von 10.229 Meilen, von denen ca. 6500 Meilen bereits im Betriebe sind oder sich im Bau befinden. Zunächst beabsichtigt man einen schmalen Ausbau der Eisenbahn bis zum Kanal von Panama.

Afrika. Die Lage in Marokko will sich nicht auflären, sie scheint vielmehr ungunstiger. Montag waren in Tanger äußerst pessimistische Gerüchte im Umlauf, wonach auch in Meknes Unruhen ausgebrochen sind, und andererseits die Scheichs von Wagon Wuley Kobahmed zum Sultan ausgerufen haben. Eine Befestigung bleibt abzuwarten. Beim Osterfest in Fez fehlten die Vertreter von 14 wichtigen Stämmen aus der Gegend von Fez.

Aus der Genossenschaftsbewegung.

Grana bei Belg. Zum Konsumvereinswesen. Der Konsumverein in Belg hat in der kurzen Zeit seines Bestehens ungeheuren Aufschwung genommen und zählt heute bereits 950 Mitglieder. Er hat schon zwei Verkaufsstellen, eröffnet am 1. April eine dritte und bahnt bereits weitere Unternehmungen an. Dieser Aufschwung war nur allein der kühnen Arbeiterpartei zu danken, die einsetzte hat, daß es für sie und ihre Familie von ungleichem Vorteil ist, wenn sie in einem Konsumverein gehen. Nun ist es aber nicht die Arbeiterpartei in Belg allein, die zu den Mitgliedern des Konsumvereins zählt, nein auch aus den Vororten schließen sich viele dem Verein an. Darüber sind nun wieder manche Geschäftsleute erbost, die es dem Arbeiter heissen, daß er nicht länger die Preise zahlen will, die sie ihm vorzeichnen. In ihrer Wut greifen sie zu den tollsten Dingen. Der eine erzählt, der Konsumverein müsse bald eingehen, weil er der sozialdemokratischen Partei Gelder schaffe. Diese Parren bedenken gar nicht, daß ein Konsumverein geradezu sich nicht mit Politik zu befassen darf. Ein zweiter verurteilt seinen Kunden weiß zu machen, daß der Konsumverein eingehen müsse, weil alle Geschäftsleute sich beschwerend, während an die Regierung gewandt hätten. Kurz, die tollsten und dümmsten Saden werden herausgeholt, um die Arbeiter zu bewegen, nur gar nicht bei dem bösen Konsumverein Mitglied zu werden. Andere Geschäftsleute verlegen sich auf das Abnutzen, 5 bis 10 Prozent sind jetzt nichts Neues mehr. Sie beweisen damit, daß sie bisher also den Kunden zu viel abgenommen haben und daß sie es nun mit einem Mal billiger kommen können.

Unter diesen letzteren befindet sich auch der Kaufmann Dämmrich. Damit sein Nabatt auch den nötigen Glanz hat, hat er vorher das nachstehende Flugblatt, das wir zur Erweiterung der Kreis des Volksblattes auch wiedergeben, verbreitet. Es heißt so:

Sinnlich der fortgeschrittenen Agitation gewisser Personen bei einer Menge ihrer Familien zum Eintritt in den Konsumverein lebe ich mich veranlagt, die Frage aufzuwerfen: Stehen sich Käufer dort besser als bei den Kaufleuten? Gaben sie dort neben verschiedenen Nüssen nicht etwa gar noch Schäden und Heben sich umgekehrt besser in anderen Kaufmannsgeschäften? Deswegen ist überhast das Vorhandensein von Konsumvereinen dem allgemeinen Volkswohl und in der Folge besonders auch dem Wohl der Arbeiter selbst nützlich oder vielleicht gar sehr schädlich?

Die reifliche Erwägung dieser Fragen und besonders auch der letzteren, sowie die Verantwortung derselben überlasse ich jedermann selbst. Nur das kann und muß ich sagen, daß infolge der heftigen Konkurrenz unter den Kaufleuten selbst die Preise in Belg und Umgegend und speziell bei mir stets so billig waren, daß sich im allgemeinen mit Recht niemand beklagen konnte. Was nun die Leistungsfähigkeit beider Geschäfts-

arten betrifft, so hängt diese bei den einen wie bei den anderen von zweierlei ab: Vom Einkauf der Waren und von den Geschäftskosten. Sinnlich des Einkaufs der Waren konnte ich nach mehrfach eingezogenen Erwägungen bei beiden Alternativen keinen Vorteil für Konsumvereine ermitteln, die Einkünfte neigten eher zu Gunsten der Kaufleute. Sinnlich der Geschäftskosten, möge außer Fracht, Futtermittel, Viehtrieb und Viehschlacht, Beleuchtung, Heizung, Versicherung und verschiedene andere unabweisbare Bedürfnisse und Vorkommnisse gehören, erweisen mir schon bei mittelstättig am geleitetem Kolonialwarengeschäft verhältnismäßig wesentlich geringere als bei Kaufmannsgeschäften. Woher sind nun die Vorteile aber der Nabatt möglich? Diese Frage wollen Käufer, bitte, wieder selbst beantworten. Weil nun aber verschiedene Personen sich dennoch unter dem täglichen Geldraub von 10 und 10 viel Prozent Nabatt fortgesetzt in Unklarheit, Unruhe und Schwankung befinden, habe ich mich entschlossen, vom 5. März d. Js. ab in meinem Geschäft ohne Einzahlung und ohne Risiko seitens der Käufer 10 Prozent Nabatt zu bewilligen, und empfehle diese Einrichtung angelegentlich. Gleichzeitig bemerke aber auch noch, daß vom genannten Tage ab Geschäfte jeder Art, als: Weinhandlungsgeschäfte, Lederwaren, Zigarren usw. nicht mehr bearbeitet werden. Näheres in meinen beiden Geschäftsblättern.

Mit Hochachtung
Friedrich Dämmrich.

Ein sehr lieber und gut Mann, dieser Herr Dämmrich. Weil sich so viele Verkäufer fortgesetzt in Unklarheit, Unruhe und Schwankung befinden, hat er sich entschlossen, 10% Nabatt zu geben! Das ist wirklich sehr nett von dem guten Mann. Nur schade, daß er sein gutes Herz erst entdeckt hat, als der Konsumverein entstanden ist, und blüht. Wäre das nicht geschehen, dann hätte Herr Dämmrich nicht wie vor das Geld vom Käufer eingekauft und seine 10% Nabatt gegeben. Die also jetzt noch bei Herrn Dämmrich kaufen, die haben es nur dem Konsumverein zu verdanken, wenn sie jetzt billiger einkaufen, niemand anders.

Was nun das lange Geschreibsel des Herrn Dämmrich angeht, so verlohnt es sich nicht, das längere darauf einzugehen, so verlockend das an sich wäre. Nur das eine wollen wir ihm vermelden, was die Leistungsfähigkeit anbetrifft, so nimmt es der Konsumverein mit ihm jeder Zeit auf. Wenn er Auk hat, den Preis zu wagen, wie er findet bereit.

Und dann noch eins, Herr Dämmrich fragt nach Erweiterung der Geschäftskosten, die ihm bei Kolonialwarengeschäften geringer er sich ein, als wie bei den Kaufmannsgeschäften. Woher sind nun die Dividenden der Nabatt möglich? Ja, Herr Dämmrich, wir machen Sie es denn möglich, 10% Nabatt zu zahlen und doch noch auf zu profitieren? Können Sie nur Ihre Geschäfte, hinter denselben tritt deutlich genug ein Signal hervor, daß die Käufer in Grana Ihnen abströmen und zum Konsumverein übergehen.

Und damit sind wir auch mit Herrn Dämmrich fertig. — Wir wollen aber doch nicht diese Auseinandersetzung schließen, ohne noch einige Worte zu sagen. Der Konsumverein ist nicht zu dem Zweck gegründet, um die Geschäftsleute zu ruinieren, sondern um dem Arbeiter, der am allerleichtesten geküßt ist, zu helfen. Der Arbeiter hat das geringste Einkommen, Arbeitslosigkeit und Not nehmen noch viel von dem geringen Verdienst, und trotzdem lebt alles in der Welt nur vom Arbeiter. Der Arbeiter muß also sehen, wie er seine Lage verbessert, und da liegt es auf der Hand, wenn er sich als Konsumverein organisiert.

Der Kaufmann schlägt auf alle Waren, die er dem Arbeiter verkauft, einen gehörigen Prozentsatz als Verdienst auf, denn der Kaufmann lebt von diesem Verdienst und zwar möglichst gut. Beim Konsumverein ist das nicht der Fall, da wird nur so viel aufgeschlagen, daß die Kosten gedeckt werden, das übrige erhält der Arbeiter als Rückvergütung zurück oder er erhält die Ware gleich viel billiger als beim Kaufmann. So stehen die Dinge. Im Konsumverein erhält das Mitglied das volle Gewicht ohne Ditten gezogen, zum billigen Preise und beste Ware. Nun tritt es zwar zu, daß durch Konsumvereine Geschäftsleute Schaden haben, oder fragt ein Geschäftsleute heute danach, wenn Arbeiter Schaden haben? Nein! Also hat auch der Arbeiter sich seiner Arbeit zu wehren. Er gründet also einfach Konsumvereine zu dem Zweck, den Verdienst, den bisher der Kaufmann von ihm hatte, selbst einzunehmen. Das ist der Zweck des Konsumvereins. Mögen sich die Kaufleute, denen der Verdienst hierdurch geküßt oder genommen wird, ihrer Wut wehren, das nehmen wir ihnen nicht. Sie sollen aber die Konsumvereine, die ihnen nichts thun, in Ruhe lassen, und sich dafür an jene Stellen wenden, die die wirtschaftlichen Verhältnisse zu einrichten können, daß niemand auf der ganzen Welt Schaden hat.

Ob die Kaufleute diesen Welt verstehen?!

Wittenberg. Von der letzten Generalversammlung des Konsumvereins haben wir noch mitgeteilt, daß beschlossen wurde, das Frauengenossenschaftsblatt probeweise auf 1/2 Jahr zu bestellen, und die Frauen, die eigentlichen Träger des Konsumvereins, mehr für diesen zu interessieren und so den Umlauf zu heben. Das Blatt wird vom 1. April ab in den Pägern gratis verabsichtigt; es erscheint halbmönatlich und zwar

Anfang und Mitte eines jeden Monats. In diesem ersten Teile bietet das Frauen-genossenschaftsblatt vieles Interessantes über die Konsumvereine, dann einen interessanten Roman, gute Ratsschlüsse für die Wirtschaft u. s. w. Wir bitten die Frauen, rege Nachfrage zu halten.

Gerichtssaal.

Strassammer.

Eine fast gefohete Nacht brachte den 40-jährigen Arbeiter August Hennig von hier, geb. in Bernburg, wegen Rückfall diebstahls auf die Anklagebank. Der Angeklagte, der schon rund 18 Jahre in Zuchthäusern und Strafankalten zugebracht hat, entwidmete am 8. Februar bei dem hiesigen Goldhändler Lindt, bei dem seine Frau Kaufparteianteile besitzt, aus einer Kasse mehrere hundert Mark an Geld. Das ganze Geld wurde er in der darauffolgenden Nacht „perleht“ haben. Er ging in eine an dem Dampflay befindliche Wäldchenstube, spendierte dort erst Bier, dann Wein und Katern. Ein aus West anwiesender Geigenpieler soll die fünf bei dem Goldbräuer angewiesenen Leuten bald gemacht haben. Angeklagter war der Meinung, daß auch die Kellnerinnen mit an dem Diebstahl auf dem Sofa geschlummert hätte, ihm Geld wegenommen hätten. Bei dem Besuche einer zweiten Damentheine, An der Schwemme, habe er nur noch 30 M., und bei dem Betreten der Berge zur Heimat habe er gegen morgen nur noch 3 M. bei sich gehabt. Die Katern und der Wein wären ihrer und in größeren Mengen vom Hotel gekauft worden. Der Angeklagte wurde zu 3 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Wegen Unterschlagung stand der Arbeiter Otto Born von hier, mehrfach vorbestraft, unter Anklage. Er hatte im Dezember d. Js. und Januar d. Js. von dem Pantoffelmacher Greifeld eine Menge Waren in Kommission übernommen und das einfortierte Geld im Betrage von 143 M. nicht abgeleitet. Er behauptete, das von ihm zurückgelegte Geld habe ihm Greifeld gelegentlich eines Besuchs in seiner, des Angeklagten, Wohnung eines Tages weggenommen. Die Beschuldigung wurde aber durch die Vernehmung des Zeugen Greifeld als vollständig widerlegt angesehen. Greifeld erklärte die gemeine Verleitung des Angeklagten verbande das Gericht dem Antrage des Staatsanwalts gemäß eine Gefängnisstrafe von 1 Jahre 6 Monaten nebst 3 Jahren Ehrverlust. Auch wurde die sofortige Verhaftung des Angeklagten angeordnet.

Ein Zusammenstoß mit einem Motorwagen brachte den Verkehrer Simon Kruhsack von hier wegen Verletzung eines Kinderrisses und Uebertretung der Straßen-Polizei-Ordnung auf die Anklagebank. Der Angeklagte, der mit einer blauen Schürze vorzuehen im Gerichtssaale erschien und beklagte, seinen besseren Sonntagsgang zu besitzen, soll am Morgen des 29. Dezember auf seinem Ausfluge bei einer Fahrt auf der Hauptstraße ein Kinderriss verursacht haben. Der Zusammenstoß angerichtete Schaden soll nicht unbedeutend gewesen sein. Beirragte wurden 20 M. Geldstrafe, und erkannt wurde auf 30 M. Geldstrafe euent 2 Tage Gefängnis.

Gewerkschaftskartell zu Halle.

Sitzung vom 6. März 1903.

Nach Erledigung der Eingänge wurde das Urteil des Oberverwaltungsgerichts betriebs der im Febr. 1902 ausgefallenen Sitzung verlesen und die Frage aufgeworfen, ob es nicht zweckmäßig ist, den Kartell eine inoffizielle Inoffizielle Grundzüge abgeben, daß es nach den Urteilsgründen des Ob. Ver. Ober. nicht dem 8 unterteilt werden darf. Die Debatte wurde abgebrochen und für eine spätere Sitzung zurückgestellt.

3. Berbergschwenen. Gen. Seyn teilt mit, daß die Vorarbeiten erledigt sind und nur noch Platte, Beschwerdebücher zc. angefertigt werden müssen. Das zu thun, wird dem Vorstande und der Berbergs-Kommission übertragen.

4. Der Kartellische Fragebogen stemlich aufgebracht sind, schlägt Gen. Seyn eine zweckmäßige Zusammenstellung der Fragen vor. Gen. G. Ulberberg wird in nächster Sitzung hierüber referieren und einen neuen Entwurf vorlegen.

5. Zur Abgrenzung der Gewerkschaften führt der Vorsitzende aus, daß die Sektion der Brauereiarbeiter aus dem Brauerverbande ausgeschieden sei und im Verbande der Handels- und Transportarbeiter eine neue Sektion gegründet haben. Der Ausschuss sei nicht auf schuldig, sondern auf persönliche Gründe zurückzuführen. Gleichzeitlich lag ein Mandat für die neu gegründete Sektion vor. An der sehr lebhaften Debatte beteiligten sich circa 25 Delegierte. Gen. Emmer, Vertreter der Transportarbeiter, führte aus, daß die Brauereiarbeiter ausgeschieden seien, weil sie meinten, ihre Interessen würden vom Brauerverbande nicht genügend vertreten. Gen. Seyn teilt mit, daß die Abgrenzungs-Komm. eine Sitzung einberufen habe, eine Einigung aber nicht mehr herbeizuführen war, so sei die Gründung der neuen Sektion bestehende Tatsache. Genosse Seyn will das Mandat der neuen Sektion nicht anerkennen und tritt den Zerplitterungsversuchen gleich energisch entgegen

Die reichste Auswahl

in

Kleiderstoffe

jedlicher Art bietet

Geschäftshaus

J. Levin

Halle a. S., Marktplatz 2 u. 3.

Neuheiten

für solide Haus- und Strassen-Kleider,
das Meter von 25 Pf. an.

Neuheiten

für praktische Strassen-Kleider,
das Meter von 50 Pf. an.

Neuheiten

für Blusen und Kinder-Kleider,
das Meter von 35 Pf. an.

Neuheiten

für elegante Promenaden-Kleider,
das Meter von Mk. 1.25 an.

Neuheiten

für Reise- und Sport-Kleider,
das Meter von 55 Pf. an.

